

2 Bestandsaufnahme aus bankaufsichtsrechtlicher und betriebswirtschaftlicher Sicht zum Risikomanagement

Das folgende Kapitel gibt nach einer kurzen Begriffsbestimmung als Grundlage für die weiteren Erläuterungen zunächst einen Überblick über die betriebswirtschaftlichen, gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen an das Risikomanagement einer Bank.

2.1 Definition von Begrifflichkeiten

Kreditinstitute⁶ sind nach der Legaldefinition Unternehmen, die die im Kreditwesengesetz (KWG) genannten Bankgeschäfte gewerbsmäßig tätigen.⁷ Aus ökonomischer Sicht sind Banken Unternehmen, die Gelder einsammeln, um sie gebündelt wieder zu verteilen und finanzwirtschaftliche Leistungen zu erbringen.⁸ Diese Arbeit wendet die Legaldefinition der Bank an, da diese im Wesentlichen die betriebswirtschaftlichen und aufsichtsrechtlichen Inhalte beschreibt.

Aufgrund ihres Geschäftsbetriebes ist eine Bank Risiken ausgesetzt. Der Begriff des Risikos ist in der Literatur nicht einheitlich definiert. Risiko kann als positive oder negative Abweichung von einem erwarteten Wert definiert werden.⁹ Unter Risiko wird in der Literatur häufig nur die negative Abweichung betrachtet.¹⁰

Das Risikomanagement wird dabei definiert als Organisationseinheit zur Erkennung, Analyse, Bewertung und Überwachung von betrieblichen Risiken.¹¹

2.2 Gesetzliche und aufsichtsrechtliche Vorgaben

Eine funktionierende Bankenaufsicht ist wegen den gesamtwirtschaftlichen Folgen im Falle einer Bankeninsolvenz notwendig, zumal eine latente Verpflichtung des Staates als „lender of the last resort“ vorhanden ist. Durch den

⁶ Kreditinstitute werden in dieser Arbeit auch synonym als Banken bezeichnet.

⁷ Vgl. Hartmann-Wendels/ Pfingsten/ Weber (2010), S. 20.

⁸ Vgl. Büschgen/ Börner (2003), S. 17.

⁹ Vgl. Damodaran (2008), S. 6.

¹⁰ Vgl. Wolke (2008), S. 1; Rolfes (2008), S. 8; Büschgen/ Börner (2003), S. 263; Zeranski (2005), S. 48.

¹¹ Vgl. Kalwait/ Meyer/ Romeike/ Schellenberger/ Erben (2008), S. 48.

möglichen Eingriff des Staates im Krisenfall sollen die negativen Auswirkungen einer Bankeninsolvenz und das damit verbundene Risiko einer Bankenkrise verhindert werden.¹²

2.2.1 *Status quo der Anforderungen an das Risikomanagement*

Mit dem Ziel der Stabilisierung des weltweiten Bankensystems wurde von den Mitgliedern der Aufsichtsbehörden und Zentralbanken der G-10 Staaten¹³ im Jahre 1974 der Ausschuss für Bankenaufsicht in Basel bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) gegründet. Aufgrund der jüngsten Finanzmarktkrise sind inzwischen 27 Staaten¹⁴ im Baseler Ausschuss vertreten. Durch eine Selbstverpflichtung der G-20 Staaten¹⁵ wird die weltweit parallele und rechtzeitige Umsetzung der Empfehlungen unterstützt, sodass Wettbewerbsverzerrungen verhindert werden.¹⁶

Der Baseler Ausschuss veröffentlichte 1988 den Baseler Eigenkapitalakkord, der unter dem Namen „Basel I“ bekannt ist und eine Eigenkapitalunterlegung für ausgegebene Kredite mit einheitlich acht Prozent vorschlägt.¹⁷ Mit Basel II erfolgte im Jahr 2004 eine Weiterentwicklung des Eigenkapitalakkords.¹⁸ Die Einführung des Drei-Säulen-Modells war eine grundlegende Änderung durch Basel II. Die Bankenregulierung basiert seitdem nicht mehr nur alleine auf den Mindesteigenkapitalanforderungen (Säule I) für das Ausfallrisiko, sondern wurde in Säule I um die Marktpreisrisiken und die operationellen Risiken erweitert.¹⁹ Ergänzt wird die Bankenregulierung unter Basel II durch das bankaufsichtsrechtliche Überprüfungsverfahren (Säule II) und die jeweilige Bankauf-

¹² Vgl. Hartmann-Wendels/ Pfingsten/ Weber (2010), S. 391.

¹³ Die G-10 Mitglieder sind Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Japan, Kanada, Niederlande, Schweden, Vereinigtes Königreich und USA, zusätzlich Luxemburg und Schweiz.

¹⁴ Die 27 Staaten sind Argentinien, Australien, Belgien, Brasilien, China, Deutschland, Frankreich, Hong Kong, Indien, Indonesien, Italien, Japan, Kanada, Luxemburg, Mexiko, Niederlande, Russland, Saudi-Arabien, Schweden, Schweiz, Singapur, Spanien, Südafrika, Südkorea, Türkei, USA und Vereinigtes Königreich.

¹⁵ Die G-20 Mitglieder sind Argentinien, Australien, Brasilien, China, Deutschland, Frankreich, Indien, Indonesien, Italien, Japan, Kanada, Mexiko, Russland, Saudi-Arabien, Südafrika, Südkorea, Türkei, USA, Vereinigtes Königreich sowie die Europäische Union als Nicht-Staat.

¹⁶ Vgl. Deutsche Bundesbank (2011a), S. 84 ff.; Hartmann-Wendels/ Pfingsten/ Weber (2010), S. 92.

¹⁷ Vgl. Paul (2007), S. 7; Crouhy/ Galai/ Mark (2001), S. 47; Rolfes (2008), S. 17.

¹⁸ Vgl. Basel Committee on Banking Supervision (2004), S. 2.

¹⁹ Vgl. Schierenbeck/ Lister/ Kirmße (2008), S. 140; Schulte-Mattler/ Gaumert (2008), S. 27.

sichtsbehörde sowie die Marktdisziplin (Säule III) in Form einer Selbstregulierung durch eine umfangreiche Offenlegung von regulatorischen Anforderungen.²⁰ Die Empfehlungen des Baseler Ausschusses wurden über eine EU-Richtlinie (Capital Requirements Directive, CRD) in nationales Recht mit Wirkung ab 2007 transformiert. Die erste und dritte Säule finden sich in der Solvabilitätsverordnung (SolvV) wieder.²¹ Die zweite Säule hat ihren Eingang im KWG gefunden und wird über § 25a KWG von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) durch die Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) konkretisiert.²²

Zudem wurde mit der Einführung der Liquiditätsverordnung (LiqV) durch die deutsche Aufsicht eine Regelung zur Behandlung der Liquiditätsrisiken im Sinne von Basel II erlassen. Die gesetzliche Verankerung befindet sich im § 11 KWG, nach der Banken stets eine ausreichende Zahlungsbereitschaft vorweisen müssen.²³ Die LiqV ermöglicht es den Banken, eigene Verfahren zur Messung des Liquiditätsrisikos zu implementieren.²⁴

Als erste Reaktion auf die Finanzmarktkrise überarbeitete der Baseler Ausschuss im Herbst 2008 seine Empfehlungen an das Liquiditätsrisikomanagement. Zudem wurden höhere Kapitalanforderungen bei Marktpreisrisiken und Verbriefungen in Kombination mit einer transparenteren Offenlegung gefordert sowie eindeutigere Anforderungen an das Risikomanagement fixiert. Das Maßnahmenpaket zur Änderung der bestehenden Anforderungen ist unter dem Namen „Basel II,5“ bekannt und wurde in zwei Schritten zum Ende 2010 über die CRD II und zum Ende 2011 über die CRD III in Deutschland verbindlich eingeführt.²⁵

Durch die CRD II erfolgte zudem eine Überarbeitung der Großkredit- und Millionenkreditverordnung (GroMiKV), die ihre Ermächtigung durch den § 22 Satz 1 KWG erhält. Die GroMiKV enthält Bestimmungen zu den Groß- und Millionenkrediten und hat zum Ziel, die Verlustrisiken von Kreditkonzent-

²⁰ Vgl. Hartmann-Wendels (2003), S. 9 ff.; Rolfes (2008), S. 26 f.

²¹ Vgl. Lorenz (2008), S. 14.

²² Vgl. Binder (2008), S. 136.

²³ Vgl. Zeranski (2012b), S. 2593 ff.

²⁴ Vgl. Zeranski (2011), S. 22.

²⁵ Vgl. Deutsche Bundesbank (2011a), S. 88.

rationen zu reduzieren. Klumpenrisiken bei Banken können insbesondere durch die Kreditvergabe von für die Bank wesentlichen Krediten an eine Kreditnehmereinheit entstehen.²⁶

2.2.2 Überblick von Basel III

Die Veröffentlichung von Basel III im Dezember 2010 stellte die Antwort auf den Wunsch der G-20 Staaten nach einem krisenresistenteren internationalen Bankensystem dar.²⁷ Das Drei-Säulen-Modell bleibt durch Basel III erhalten. Jedoch wurden mit verschärften Anforderungen an das bankaufsichtsrechtliche Kapital inklusive einem antizyklischen Kapitalpuffer, neue Liquiditätsstandards, die Erfassung weiterer Risikoarten, eine Verschuldungsquote und eine gesonderte Behandlung von systemrelevanten Banken die betreffenden Säulen ausgebaut.²⁸

Die Umsetzung von Basel III erfolgt auf europäischer Ebene durch die Europäische Kommission mit dem Gesetzespaket CRD IV. Das Paket besteht erstmalig aus einer Verordnung (Capital Requirements Regulation, CRR), die unmittelbar geltendes Recht wird und im Wesentlichen die Säule I und III abbildet, und der Richtlinie CRD mit Anpassungsmöglichkeiten der jeweiligen Aufsichtsbehörden für den bankaufsichtsrechtlichen Überprüfungsprozess. Durch die Trennung von CRR und CRD wird ein einheitliches europäisches Regelwerk unter dem Begriff „Single Rulebook“ zur Bankenaufsicht geschaffen. Voraussichtlich wird der bisherige Vorschlag im Juli 2012 mit Wirkung zum Jahresanfang 2013 verbindlich verabschiedet, sodass die ca. 8.000 europäischen Banken weniger als ein halbes Jahr Zeit für die Umsetzung der endgültigen Fassung haben. Die Richtlinie ist zusätzlich durch den nationalen Gesetzgeber umzusetzen, was vermutlich im vierten Quartal 2012 in Deutschland erfolgen wird. Während einer Übergangsphase bis Ende 2019 sollen die neuen Regeln sukzessive eingeführt werden.²⁹

²⁶ Vgl. Meyer-Ramloch (2012), S. 2515 ff.; Dörflinger/ Müller (2011), S. 51 f.

²⁷ Vgl. Schäfer/ Rolker (2011), S. 7.

²⁸ Für eine detaillierte Beschreibung der neuen Anforderungen von Basel III siehe Kapitel 3.

²⁹ Vgl. Ortgies (2012), S. 60.

2.2.3 Aufsichtsorgane im Rahmen von Basel III

Die in 2011 neugegründete Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA) mit Sitz in London ist für die Bankenaufsicht auf europäischer Ebene zuständig. Sie tritt in die Fußstapfen des Committee of European Banking Supervisors (CEBS)³⁰ und übernimmt deren Aufgaben und Verantwortungen.³¹ Im Rahmen der Umsetzung von Basel III wird die EBA von der Europäischen Kommission aufgefordert, bindende Umsetzungsstandards zu offenen Punkten vorzulegen, die mit Zustimmung der EU-Kommission rechtskräftig werden.³² Die CRD IV beinhaltet etwa 170 Ermächtigungen für die EBA, von denen mehr als 50 bis Januar 2013 vorzulegen sind. Somit erfolgt die Auslegung der bankaufsichtsrechtlichen Regelungen auf europäischer Ebene, was dem Wunsch nach einem Single Rulebook entspricht.³³ Das ambitionierte Workprogramm der EBA in 2012 verdeutlicht, dass die endgültige Ausgestaltung von Basel III noch nicht abgeschlossen ist. Die Tatsache, dass die CRD IV noch Mitte 2012 nur im Entwurf vorliegt, erschwert die Interpretationsarbeit der EBA. Die EBA wird die meisten technischen Standards erst nach der endgültigen Verabschiedung der CRD IV veröffentlichen, wodurch die betreffenden Banken unter zeitlichen Handlungsdruck gestellt werden. Die EBA wird Leitlinien ohne Anwendungspflicht veröffentlichen, die für die Banken aufgrund einer Anzeigepflicht bei Nichtanwendung eher verpflichtenden Charakter haben.³⁴ Insgesamt nimmt die EBA eine zentrale Rolle in der Umsetzung von Basel III auf europäischer Ebene ein.

Die nationalen Aufsichten unterstützen die EBA und sorgen für die Einhaltung der festgelegten technischen Standards.³⁵ In Deutschland erfolgt die Aufsicht gemeinsam durch die Bundesbank und durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin). Der Bundesbank obliegt die laufende Aufsicht

³⁰ Das Committee of European Banking Supervisors (CEBS) war für die Umsetzung der EU-Richtlinien hinsichtlich des bankaufsichtlichen Handelns verantwortlich, um einheitliche Aufsichtsstandards in den EU-Staaten zu generieren. Vgl. Hartmann-Wendels/ Pfingsten/ Weber (2010), S. 464.

³¹ Vgl. Committee of European Banking Supervisors (2010a), S. 37 f.

³² Vgl. European Commission (2011a), S. 9.

³³ Vgl. Ortgies (2012), S. 64 f.; Zum EBA Workprogramm siehe European Banking Authority (2011a).

³⁴ Vgl. Deutsche Bundesbank (2011a), S. 97; Boegl (2012), S. 17.

³⁵ Vgl. European Commission (2011d), S. 33.

durch die Auswertung der aufsichtsrechtlichen Meldungen der Institute. Die endgültige Beurteilung sowie die Anordnung aufsichtsrechtlicher Maßnahmen erfolgt durch die BaFin.³⁶

Mit den MaRisk veröffentlicht die BaFin Verwaltungsanweisungen, die auf den CEBS beziehungsweise EBA Leitlinien basieren und für Banken in Deutschland gelten. Sie beschreiben die Auslegungsanforderungen des § 25a KWG. Die aktuelle dritte Novelle vom Dezember 2010 enthält Änderungen bezüglich der Liquiditätspuffer, Stresstests und Risikokonzentrationen.³⁷

2.3 Betriebswirtschaftliche Grundlagen für das Risikomanagement und Risikocontrolling

Die Risikoidentifikation, -messung, -steuerung und -kontrolle bilden einen Risikomanagementprozess, der als Kreislauf fortlaufend angewendet wird. Dieser Prozess spiegelt die Grundschrirte der betriebswirtschaftlichen Anforderungen an das Risikomanagement wider.³⁸

Im Zuge der Risikoidentifikation erfolgt eine systematische Analyse hinsichtlich der potenziellen Risiken, die auf eine Bank wirken können.³⁹ Im Anschluss erfolgt die Definition und Abgrenzung der relevanten Risiken, die im Rahmen des Risikomanagementprozesses behandelt werden sollen.⁴⁰ Auf die Identifikation folgt die Risikomessung, die die relevanten Risiken mit Messinstrumenten wie beispielsweise dem Value at Risk (VaR) quantifiziert.⁴¹ Der VaR gibt den maximalen Verlust an, der mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit in einer festgelegten Zeitperiode nicht überschritten wird.⁴² Mit dem VaR auf Gesamtbankebene ist das Risikopotenzial der Bank ermittelbar, wodurch Rückschlüsse auf das zur Verlustdeckung benötigte ökonomische Kapital ermöglicht werden.⁴³

³⁶ Vgl. Hartmann-Wendels/ Pfingsten/ Weber (2010), S. 455 f.

³⁷ Vgl. Hofer (2011), S. 6; BaFin (2010).

³⁸ Vgl. Büschgen/ Börner (2003), S. 267.

³⁹ Vgl. Hartmann-Wendels/ Pfingsten/ Weber (2010), S. 399.

⁴⁰ Vgl. Schierenbeck/ Lister/ Kirmße (2008), S. 13; Wolke (2008), S. 4.

⁴¹ Vgl. Büschgen/ Börner (2003), S. 267.

⁴² Vgl. Hull (2010), S. 189; Rolfes (2008), S. 92; Zeranski (2005), S. 48 f.

⁴³ Vgl. Schierenbeck/ Lister/ Kirmße (2008), S. 16 ff.

Im Rahmen der Risikosteuerung erfolgt eine Entscheidung über die Effektivität von einzuleitenden risikopolitischen Maßnahmen. Die Risikosteuerung mit geeigneten Steuerungsinstrumenten kann aktiv oder passiv umgesetzt werden. So können zum Beispiel risikoreduzierende Maßnahmen, die komplette Risiko-
vermeidung durch den Ausstieg aus bestimmten riskanten Geschäftsfeldern oder die Stärkung der Risikodeckungsmasse zur Verlustabsorption vorgenommen werden.⁴⁴ Ein gängiges Steuerungsinstrument ist auch die Festlegung von Risikolimits für einzelne Geschäftsbereiche, um der Risikoübernahme konkrete Grenzen zu setzen.⁴⁵

Am Ende des Kreislaufs sorgt die Risikokontrolle durch einen Soll-Ist-Abgleich für die Überwachung der eingeleiteten Maßnahmen und fungiert als Datenbasis für die Berichterstattung der Risikosituation.⁴⁶ Die Ergebnisse des Risikoberichts dienen auch als Basis für einen erneuten Start des Risikomanagementprozesses.⁴⁷

⁴⁴ Vgl. Büschgen/ Börner (2003), S. 267 ff.

⁴⁵ Vgl. Schierenbeck/ Lister/ Kirmße (2008), S. 40; Hull (2010), S. 527.

⁴⁶ Vgl. Schierenbeck/ Lister/ Kirmße (2008), S. 13 f.

⁴⁷ Vgl. Wolke (2008), S. 5.

Auswirkungen von Basel III auf Risikomanagement und
Risikocontrolling

Chancen, Risiken, Schlussfolgerungen für
mittelständische Banken

Jessberger, P.

2013, XV, 86 S., Softcover

ISBN: 978-3-658-01091-1